

Zürcher Kantonsrat

bd Bosshard H.

**Flughafenplanung
Grundbuchgebühren
"Sans-Papiers"
Beispiele Bern und Genf
Genügend Anlaufstellen
Ablehnung
Fussgängerstreifen
Zusatzleistungen zur AHV/IV**

17."Sitzung: Montag, 20."Oktober, 9"Uhr 15
Vorsitz: Präsident Ernst Stocker (svp., Wädenswil)

Glückwunsch für Gewählte

bd. Der Vorsitzende gratuliert den neu gewählten Nationalratsmitgliedern Martin Bäumle, Chantal Galladé, Markus Hutter und Ruedi Noser sowie allen Wiedergewählten (Beifall).

Neue Ratsmitglieder

Anstelle des zurückgetretenen Bruno Dobler (svp., Lufingen) und von Daniel Vischer (gp., Zürich) treten **Claudio Schmid** (svp., Bülach) und Heidi Bucher (gp., Zürich) neu in den Rat ein. Sie leisten das Amtsgelübde.

Abgelaufene Referendumsfristen

Gemäss dem Antrag seiner Geschäftsleitung stellt der Rat fest, dass zum Gesetz über die Zusatzleistungen zur AHV/IV und zum Kantonalbankgesetz die Referendumsfristen unbenützt abgelaufen sind.

Mit einer parlamentarischen Initiative verlangt Hartmuth Attenhofer (sp., Zürich) eine Änderung des Flughafengesetzes. Die bisherige konsultative Konferenz soll unter Leitung der Regierungsvertretung im Verwaltungsrat durch eine kooperative Planungskonferenz unter aussenstehender neutraler Leitung ersetzt werden. Der Initiant will den Handlungs- und Denkstau aufbrechen, was nur mit Einbezug aller Seiten und Kräfte geschehen kann. Zu erarbeiten ist ein Konsens.

Hans Frei (svp., Regensdorf) wendet sich gegen ein solches "Je-ka-mi-Gremium". Der Kanton ist gefordert, endlich seine Hausaufgaben zu machen. Das Flughafengesetz ist erst vier Jahre alt. Wir wollen keine neuen Planungsgremien und keine zusätzliche Bürokratie. Ruedi Hatt (fdp., Richterswil) lehnt die Initiative ebenfalls ab. Wir brauchen Entscheide. Dagegen werden auf jeden Fall Rekurse eingehen. Wir werden Gerichtsentscheide abwarten müssen. Für eine Mediation besteht keine Rechtsgrundlage. Heinz Jauch (evp., Dübendorf) bezeichnet die Flughafenpolitik als "Scherbenhaufen". Auf lange Sicht kann der Flughafen nicht an der Bevölkerung vorbei betrieben werden. Die Initiative ist vorläufig zu unterstützen. Barbara Hunziker Wanner (gp., Zürich) warnt davor, auf das Wundermittel Mediation zu warten. Richard Hirt (cvp., Fällanden) zeigt sich mit seiner Fraktion von der Initiative wenig begeistert. Das neue Gremium würde kaum etwas bringen. Ruedi Lais (sp., Wallisellen) hält den "Runden Tisch" für ein zahnloses Organ. Das neue Gremium muss entscheiden und die Regierung unterstützen können.

Für die vorläufige Unterstützung stimmen 72 Ratsmitglieder; nötig sind 60.

Robert Marty (fdp., Affoltern a."A.) will mit einer parlamentarischen Initiative das Notariatsgesetz ändern. Bei Eigentumsänderungen und der Errichtung oder Erhöhung von

Grundpfandrechten soll sowohl für die Beurkundung als auch für den Grundbucheintrag je eine Gebühr von einem Promille des Verkehrswerts oder der Pfandsomme erhoben werden, wobei der Kantonsrat die Mindestansätze festlegt. Der Ertrag der Notariate beträgt 180 Prozent des Aufwandes. Nach der vorgeschlagenen Reduktion würde der Gewinn immer noch etwa 20 Mio. Fr. im Jahr betragen. Anders als bei früheren Vorstössen bekämpfen wir nicht mehr jeden Gewinn.

Germain Mittaz (cvp., Dietikon) unterstützt mit seiner Fraktion die Initiative. Wir wollen keine verdeckten Steuern. Elisabeth Derisiotis (sp., Zollikon) sagt Nein zum Vorstoss. Die Initiative gehört in die Reihe der zahlreichen Vorstösse der Hauseigentümer in diesem Rate. Der Staat würde 30 Mio. Fr. verlieren, der Einzelne aber kaum etwas davon spüren. Hans Egloff (svp., Aesch bei Birmensdorf) ersucht um Zustimmung. Ralf Margreiter (gp., Zürich) lehnt die Initiative ab.

Auf die vorläufige Unterstützung entfallen 75 Stimmen, was genügt.

Mit einem Postulat ersucht Hans-Jörg Fischer (sd., Egg) den Regierungsrat um ein energisches Vorgehen gegen illegal in der Schweiz wohnhafte Ausländer ("Sans-Papiers"). Johanna Tremp (sp., Zürich) lädt mit einem Postulat die Regierung ein, eine Ombudsstelle zu bezeichnen, die Ausländerinnen und Ausländern ohne Aufenthaltbewilligung die Möglichkeit bietet, sich informieren und beraten zu lassen. Die neue Stelle soll für gewisse Gruppen von Papierlosen einen Aufenthaltsstatus finden und in aussichtslosen Fällen eine Rückkehrhilfe gewähren. Der Regierungsrat lehnt beide Postulate ab. Wo rechtswidrig anwesende ausländische Personen festgestellt würden, werde im Rahmen des geltenden Rechts vorgegangen. Ein Anlass, einer bestimmten Gruppe rechtswidrig anwesender ausländischer Personen eine andere Behandlung angedeihen zu lassen als allen anderen Ausländerinnen und Ausländern, bestehe nicht. Die Empfehlung, Ombudsstellen zu schaffen, erscheine rechtsstaatlich als bedenklich. Das Handeln einer staatlichen Stelle könne nur zum Ziel haben, die rechtswidrige Situation zu beenden.

Hans-Jörg Fischer (sd., Egg) erinnert an die Kirchenbesetzungen. Mit harten Massnahmen könnten wir schon etwas erreichen. Johanna Tremp (sp., Zürich) erläutert die Kriterien des Bundes für Härtefälle. "Bern" ist darauf angewiesen, dass die Kantone solche Fälle melden. Dies sollte auch Zürich tun, statt eine restriktive Praxis zu befolgen. Andere Kantone zeigen sich grosszügiger, wie die Beispiele Bern und Genf beweisen. Eine Amnestie haben wir nie verlangt.

Susanne Rihs (gp., Glattfelden) wirbt um Verständnis für diese Menschen. Von Fischer werden alle "Sans-Papiers" in den gleichen Topf geworfen. Härtefälle müssen besonders berücksichtigt werden. Ueli Annen (sp., Illnau-Effretikon) geisselt, was im Postulat Fischer zwischen den Zeilen steht. Alles Nichtschweizerische wird als schädlich angesehen. Der Regierung sind wir dankbar, dass sie das Problem relativ gelassen angegangen hat. Mit Fremdenfeindlichkeit lässt sich keine Zukunft gestalten. Blanca Ramer (cvp., Urdorf) bekämpft beide Postulate. Härtefälle sind sorgfältig zu prüfen. Rita Bernoulli (fdp., Dübendorf) hält fest, dass die "Sans-Papiers" nicht rechtlos sind. Durch eine Amnestie würde sich die Zahl der illegal Anwesenden nicht senken lassen. Eine Ombudsstelle lehnen wir ab. Es gibt schon genügend Anlaufstellen. Laurenz Styger (svp., Zürich) schliesst sich an. Die bestehende Ombudsstelle kann auch von den "Sans-Papiers" in Anspruch genommen werden. Der Staat ist ein legitimes Organ. Ausländer sollen sich an unsere Gesetze halten oder unser Land verlassen. Illegale Aktionen schaden den "Sans-Papiers".

Katharina Prelicz (gp., Zürich) spricht von "einigen zehntausend" Illegalen im Kanton Zürich. Sie haben Arbeit, sind ständig auf der Hut und fallen möglichst nicht auf. Anzuklagen sind Arbeitgeber, die diesen Menschen Hungerlöhne bezahlen. Am schlimmsten ist es für Kinder hinter irgendwelchen Gardinen. Werner Bosshard (svp., Rümlang) präzisiert, dass Kirchenbesetzungen Hausfriedensbruch bedeuten. Das Postulat Fischer ist vermehrt in die Polizeiarbeit einfließen zu lassen. Für die Forderung nach einer Ombudsstelle fehlt uns jedes Verständnis. Lisette Müller (evp., Knonau) verwirft das Postulat Fischer und unterstützt das Postulat Tremp teilweise. Johanna Tremp (sp., Zürich) bittet Regierungsrätin Fuhrer, den vorhandenen Spielraum auszuschöpfen. Regierungsrätin Rita Fuhrer, Direktorin für Soziales und Sicherheit, will sich an die Gesetze halten. Es darf nicht sein, dass illegal Anwesende und solche, die sich einer

Wegweisung widersetzen, besser behandelt werden als Leute, die sich an die Gesetze halten. "Bern" wehrt sich dagegen, unangenehme, aber juristisch klare Fälle abgeschoben zu bekommen. An die Ombudsstelle der Kirchen haben sich nur wenige gewandt. Beide Postulate sind abzulehnen.

Das Postulat Fischer wird mit 92 zu 7, das Postulat Tresp mit 90 zu 63 Stimmen abgelehnt.

Mit einer Interpellation stellte Hanspeter Amstutz (evp., Fehraltorf) eine Reihe von Fragen zur Aufhebung von Fussgängerstreifen. Die Regierung verweist auf die Weisungen des Bundesamtes für Strassen. Bestimmte Fussgängerstreifen wurden nicht mehr erneuert, weil damit unklare Verkehrssituationen geschaffen wurden, die den Fussgängern eine falsche Sicherheit vorspiegelten. Gegen den Willen der Gemeindebehörden werden keine solchen Streifen entfernt.

Hanspeter Amstutz (evp., Fehraltorf) sieht die Verflüssigung des Verkehrs als Ziel der Aufhebung von Fussgängerstreifen, gegen die verschiedenenorts Proteste erfolgten. Nur 5 Prozent der Unfälle bei solchen Streifen sind auf Fehler der Fussgänger zurückzuführen. Die Stadt Zürich hat Fussgängerstreifen ausschliesslich in verkehrsberuhigten Quartieren aufgehoben. Auffahrunfälle ereignen sich nicht nur vor Fussgängerstreifen.

Thomas Hardegger (sp., Rümlang) wendet sich gegen die Aufhebung von Fussgängerstreifen. Die Handy-Telefoniererei führt zu Auffahrunfällen. Blechschäden werden wichtiger als Körperschäden genommen. Seit der Aufhebung von Fussgängerstreifen bringen mehr Leute ihre Kinder im Auto zur Schule. Dass sich weniger Unfälle an Fussgängerstreifen ereignen, wenn deren Zahl reduziert wird, ist logisch.

Christoph Holenstein (cvp., Zürich) ist von der Antwort der Regierung enttäuscht. Luzius Rüegg (svp., Zürich) hält Fussgängerstreifen für gefährlich. Sie schaffen unklare Verhältnisse. Inseln dagegen helfen den Fussgängern. Unsere Medien sollten sich mehr zu diesen Fragen äussern.

Esther Hildebrand (gp., Illnau-Effretikon) wehrt sich für die Bevölkerung und für Fussgängerstreifen. Hans Heinrich Raths (svp., Pfäffikon) lobt die Antwort der Regierung. Zu forcieren sind Mittelinseln. Ueli Annen (sp., Illnau-Effretikon) protestiert gegen die Kapitulation vor Autofahrern. Fussgängerstreifen sind auch ein Symbol für Schutz.

Regierungsrätin Rita Fuhrer stellt fest, dass zu wenig Rücksicht auf schwächere Verkehrsteilnehmer genommen werde. Aggression und Gewalt nehmen zu. Dagegen hilft nicht, dass man die Strasse einfach gelb anmalte. Unsere Kriterien sollen den grössten Schutz der Fussgänger gewährleisten. Ältere Leute sind oft weniger konzentriert. Eine gute Sicht vor Fussgängerstreifen ist sehr wichtig. Fussgängerstreifen dürfen nicht als Verkehrsberuhigungsmittel eingesetzt werden. In den Gemeinden hören wir auf die Behörden, nicht auf Petitionäre.

Das Geschäft ist erledigt.

Mit einer Motion ersucht Franziska Frey-Wettstein (fdp., Zürich) den Regierungsrat, dem Kantonsrat rasch eine Änderung des Gesetzes über die Zusatzleistungen zur AHV/IV vorzulegen. Danach soll die Ausrichtung der Ergänzungsleistungen unter Einbezug der kantonalen Beihilfen neu auch der Sozialversicherungsanstalt Zürich übertragen werden können. Die Regierung will den Vorstoss als Postulat entgegennehmen.

Ruth Gurny (sp., Maur) lehnt das Postulat ab. Das Problem, welches der Vorstoss lösen will, ist mit dem Projekt interkommunale Zusammenarbeit bereits erfolgreich angegangen. Der leitende Ausschuss des Gemeindepräsidentenverbandes wendet sich gegen eine Zentralisierung. Den Gemeinden sollte die freie Wahl zwischen interkommunaler Zusammenarbeit und Sozialversicherungsanstalt bleiben.

Franziska Frey-Wettstein (fdp., Zürich) ist mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden. Die Zahl der fehlerhaften Gesuche ist zu gross. Die Betreuung muss bei den Gemeinden bleiben. Die Konkurrenz ist zu begrüssen, so dass eine Verbilligung denkbar wird.

Katharina Prelicz (gp., Zürich) bezeichnet das Postulat als "Schnee von gestern". Eine gute Lösung ist eingeführt. Ernst Meyer (svp., Andelfingen) würde es begrüssen, wenn die Sozialversicherungsanstalt diese Aufgabe ebenfalls erfüllen dürfte. Thomas Isler (fdp., Rüschlikon) verweist auf die komplexen Probleme, die kleinere Gemeinden zum Teil überfordern. Uns geht es nicht um eine Zentralisierung. Die Kompetenz der Sozialversicherungsanstalt sollte den Gemeinden zur Verfügung stehen. Blanca Ramer (cvp., Urdorf) stimmt dem Postulat zu.

Regierungsrätin Rita Fuhrer will gleich lange Spiesse und das Postulat entgegennehmen, so dass wir an dieser Frage weiterarbeiten können.

Ruth Gurny (sp., Maur) stösst sich am letzten Satz des Vorstosses betreffend kostendeckende Entschädigung.

Der Rat überweist den Vorstoss mit 95 zu 0"Stimmen.

Nachruf

Der Vorsitzende gedenkt des verstorbenen Alt-Nationalrates Willi Neuenschwander.

Schluss der Sitzung: 12 Uhr.

Nächste Sitzung: Montag, 27."Oktober, 8"Uhr 15 und 14 Uhr 30 (Doppelsitzung).